

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 15

Vorwort: Liebe Leser
Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das KGB nahm zahlreiche Hausdurchsuchungen vor, und eine Verhaftungswelle lief an. Am 6. Juli marschierten Armeeeinheiten und paramilitärische Sicherheitsstruppen im Stadtzentrum auf, um weiteren Massendemonstrationen vorzubeugen. Trotzdem fand am 7. Juli das Ergebnis der erwähnten beiden Todesopfer in Form einer stillen Demonstration mit Massenteilnahme statt.

Unruheherd wird isoliert

Entsprechende Vorkehrungen galten dem eigentlichen Streitobjekt des ganzen Konflikts, nämlich der von Armeniern bewohnten Region Nagorni Karabach in Aserbaidschan. Unter anderm unterband man versorgungswichtige Transporte, um die aufgebrachte Bevölkerung, zu der sich dort auch die regionale Parteiführung vorbehaltlos geschlagen hat, zu «beruhigen». Der Personenverkehr zwischen der Region und dem übrigen Karabach kam fast vollständig zum Erliegen (was als vorsorgliche Massnahme noch plausibel wäre), und man blockierte regelrecht die normale Strasse nach Jerewan, so dass den Leuten Richtung «Mutterland» praktisch nur noch Bergpfade zur Verfügung standen.

Am 12. Juli sollte der Gebietsowjet von Karabach tagen. Die Sowjetstreitkräfte umstellten vorsorglich das Gebäude; Strom- und Wasserzufuhr wurden unterbunden. Indessen liess sich der Sowjet nicht einschüchtern, trat zusammen und fällte eine Entscheidung, die in der bisherigen Geschichte der Sowjetunion keine Parallele hat. Er sagte sich von Aserbaidschan los und erklärte sich zum Bestandteil der Sowjetrepublik Armenien. (Diese hatte sich ihrerseits schon am 15. Juni offiziell zur Aufnahme von Karabach anerboten.)

Gleichzeitig ersetzte der Sowjet die türkische Bezeichnung Karabach durch den ursprünglichen armenischen Namen Arzach, appellierte an das Verständnis der Sowjetbevölkerung für den «völlig legalen» Entscheid der armenischen Bevölkerung und forderte die Sowjetme-

dien auf, den Entscheid und seine Begründung im vollen Wortlaut zu veröffentlichen.

Im Gegenzug erklärte der Oberste Sowjet von Aserbaidschan am 13. Juli den Beschluss aus Karabach (selbstverständlich) für null und nichtig.

Der somit ausgebrochene offene Konflikt zwischen verschiedenen Sowjetbehörden ist im allgemeinen das Ergebnis der zwangsweise «bewältigten» nationalen Fragen in der UdSSR und im besonderen das Ergebnis einer jahrzehntelangen Diskriminierungspolitik von Aserbaidschan gegenüber «seinen» Armeniern.

Glasnosttest negativ

Die Hoffnung der Armenier auf eine wenigstens informative Darlegung ihrer Sache in der Sowjetöffentlichkeit hat sich nicht erfüllt. Die Glasnost fällt bei allen nationalen Fragen um eine Nummer kleiner aus als sonst, und im Falle der Armenier, die an die Territorialordnung rühren, wird sie noch kleiner.

Und in der Tat: Was die sowjetischen Medien über die Sache brachten, sah einer antiarmenischen Propagandakampagne zum Verwechseln ähnlich. Die Fernsehberichterstattung vom 14. und 15. Juli über die Ereignisse vom 5. und 6. Juli (dazwischen waren wohl die «interpretierenden» Kräfte alten Stils am Werk) war eine stramm vorgewertete Darstellung über das steinerwerfende Verhalten von Rowdies und Extremisten gegen die friedliebenden Ordnungskräfte. Dass es konkret um die Gegenüberstellung von jungen Menschen und Panzern ging, blieb unberücksichtigt, aber dafür zeigte man wiederholt die paar Waffen, die das «Arsenal» markierten, das in Jerewan zum Vorschein gekommen sei.

Bei dieser Gelegenheit kam es zur gleichen und ziemlich gemeinen Unterstellung, die man schon von der Schilderung polnischer Streiks her kennt. Für alle armenischen Missstände, die zur grossen Hauptsache sowjetischen Typs sind, präsentierte man die aktuellen Sündenböcke: Die streikenden Armenier verunmöglichen die planmässigen Produktionsabläufe und fügen der Wirtschaft unermesslichen Schaden zu. Im Unterschied zu Polen, wo die Leute landesweit Bescheid wissen, zieht diese Art von Argumentation in den russischen Teilen der UdSSR; aber ein solcher Erfolg macht die Sache moralisch nicht besser.

So kam es am 18. Juli zum Entscheid des Obersten Sowjets (immerhin hatte dort eine echte Debatte zwischen den armenischen und aserbaidschanischen Abgeordneten stattgefunden, was durchaus etwas wert ist), die bestehenden Territorialverhältnisse als unumstösslich zu deklarieren. Im Sinne der Staatserhaltung lässt sich der Entscheid nicht als unvernünftig qualifizieren, doch bleibt es sehr schade, dass er durch eine Öffentlichkeitsarbeit vorbereitet wurde, die weder den Tatsachen noch der Fairness gerecht wurde, dafür aber das vorsorgliche Alibi zu militärischen Übungen liefert, die eigentlich passé sein sollten. ■

Liebe Leser

In Karabach haben die Streikenden beschlossen, ihre Aktion abzubrechen, und in Armenien ist Ruhe eingekehrt. Aus Einsicht sicherlich in die Unmöglichkeit, es mit den aufmarschierten bewaffneten Kräften auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen. Aus Einsicht auch in die Nowendigkeit, dem weiteren Gang der Perestrojka keine Hindernisse in den Weg zu legen? Wahrscheinlich nicht.

Gorbatschow mag durchaus recht haben mit seinen bald beschwörend und bald gereizt formulierten Versicherungen vor dem Obersten Sowjet, dass die «antidemokratischen» armenischen Begehren eine Gefahr für die Weiterführung der Perestrojka darstellten. Aber das hindert nicht, dass auch die Armenier recht haben, wenn sie die Sache anders sehen.

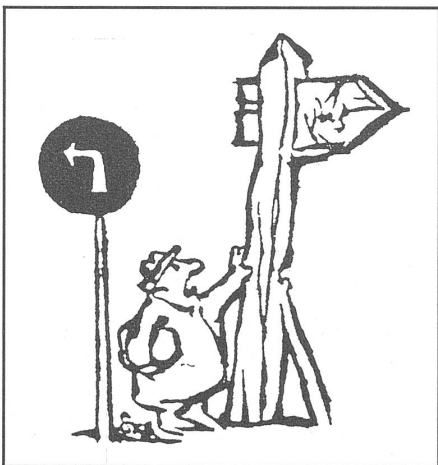
Sie haben in der Perestrojka die erstmalige Chance gesehen, historisches Unrecht, das bis in die Gegenwart anhält, endlich wiedergutzumachen, und sie messen die Tauglichkeit der Umgestaltung an ihrem Nutzwert für ihr politisches Hauptanliegen. In diesem Sinn hatten zu Beginn dieses Jahres die grossen Manifestationen auch begonnen. Man berief sich auf Gorbatschow, man nannte die Lösung der armenischen Frage einen «Prüfstein» für die Perestrojka.

Das war insofern ein Missverständnis, als die Perestrojka eine grundlegende Neubewertung der nationalen Fragen überhaupt nie in Aussicht gestellt hatte. Aber es war gleichzeitig ein richtiges Verständnis für die von der Perestrojka erstmals geschaffene Möglichkeit, sich für die eigene Sache so zu äussern, wie man wollte. Für die Armenier bedeutete die Perestrojka die Voraussetzung dazu, das Unrecht nicht länger hinnehmen zu müssen.

Das Paradox besteht. Es reicht viel weiter als nur bis zum konkreten Anwendungsfall für Armenien und Aserbaidschan.

Die Perestrojka-Exponenten an der Spitze der Partei im Moskauer Zentrum werden nicht müde zu betonen, dass die Erneuerungsbewegung existentiell darauf angewiesen sei, von den Massen aufgegriffen zu werden. Wenn aber ebendas geschieht, dann wird sie von den Massen so aufgegriffen, wie diese es verstehen, im Sinne ihrer jeweiligen Interessen. Und das sind, nicht nur in der nationalen Frage (wenn auch dort ganz besonders), oft genug auseinanderstrebende bis gegensätzliche Interessen.

Die «Revolution von oben» droht in Gleichgültigkeit zu ertrinken, wenn sie «unten» nicht ernst genommen wird. Wird sie aber «unten» ernst genommen, dann droht sie zur akuten Zerreihsprobe zu werden. Mit der Folge, dass man die Übung ablässt. Oder dass aus der Revolution von oben eine Revolution schlechthin wird. Christian Brügger



«Und dieser hier bleibt als Ehrenwegweiser.» («Polityka», Warschau, 2. 7. 1988)